

VERTRAULICH

Verhandlungsprotokoll der 44. Sitzung des Bundesrates vom 18. Dezember 1995

Bundespräsident Villiger eröffnet die letzte Sitzung des Jahres in Abwesenheit von **Bundesrat Delamuraz**, der sich in Lausanne einer Operation am Herzen unterziehen muss. Im Namen des Rates wünscht der **Bundespräsident Herr Delamuraz** alles Gute.

Bundespräsident Villiger dankt dem Rat für die sehr gute Zusammenarbeit und auch für die Geduld, welche dieser dem Präsidenten gegenüber gezeigt hat. Im Jahr 1995 hat der Bundesrat 41 ordentliche und 11 ausserordentliche Sitzungen abgehalten. Insgesamt hat er während 214 Stunden getagt und 2106 Geschäfte behandelt.

Der **Bundespräsident** dankt auch **Bundeskanzler Couchepin** sowie dem **Vizekanzler** und der **Vizekanzlerin** für die Unterstützung. Er hat die loyale und gute Zusammenarbeit mit den drei Kanzlern sehr geschätzt.

FRAGESTUNDE

Bei der Frage betreffend Mehraufwand infolge der Mehrwertsteuer wird **Bundespräsident Villiger** in einem Satz allen Bürgerinnen und Bürger danken, welche die Steuerformulare korrekt und zügig ausgefüllt haben und die Mehrwertsteuer laufend zahlen.

In bezug auf Creys-Malville schlägt **Bundesrat Leuenberger** vor, einen Satz, wonach "weitergehende Interventionen als wenig zweckmässig" zu betrachten sind, zu streichen.

Betreffend der Verschwundenen im Konflikt von Ex-Jugoslawien wünscht **Bundesrat Cotti**, dass die Unterstützung für den Gerichtshof für Kriegsverbrecher durch die Schweiz deutlicher ausgedrückt wird.

Faut-il préciser la date à laquelle l'initiative des petits paysans sera soumise à votation populaire? Le Conseil choisi une formulation plus souple.

M. Cotti propose que les questions concernant le DFAE et le DFEP soient présentées par un autre membre du Conseil afin d'éviter la procédure écrite. **M. Couchepin** a des doutes. La règle de la procédure écrite en cas d'empêchement



d'un membre du conseil vient d'être décidée. Il faut dès lors éviter de ne pas l'appliquer dès le début. Le Conseil est d'accord.

Soforthilfe für Bosnien-Herzegowina

Bundesrat Koller beantragt, dass die vom BFF stammenden Mittel ausschliesslich für die individuelle Rückkehrhilfe von Flüchtlingen verwendet werden. **Bundesrat Cotti** ist damit einverstanden.

Beförderungen im EDA

Bundespräsident Villiger schlägt vor, das Geschäft zu verschieben. Es gibt ähnliche Fälle auch in anderen Departementen, insbesondere beim EVD. Diese Frage sollte deshalb in Anwesenheit von **Bundesrat Delamuraz** behandelt werden. Der Rat ist einverstanden.

Rückführung von Kriegsgefangenen

Bundesrat Koller beantragt, die Antwort einer Dringlichen Interpellation zu ergänzen, damit deutlich zum Ausdruck kommt, dass Hilfsmassnahmen an die Bundesrepublik Jugoslawien mit der Frage der Rückübernahme eigener Staatsangehöriger gekoppelt wird. **Bundesrat Cotti** ist einverstanden, aber **Bundesrätin Dreifuss** hat Zweifel. Erst wenn Garantien abgegeben werden, können diese Flüchtlinge heimgeschafft werden. Dies ist laut **Bundesrat Koller** immer der Fall, denn diese Rückführungen werden unter der Leitung des Hochkommissariats für Flüchtlinge der UNO vorgenommen.

Repräsentationszulagen

Da es sich um eine generelle Regelung handelt, braucht es laut **Bundesrat Koller** eine gesetzliche Grundlage. Er opponiert aber nicht gegen die Verordnung.

NATO-Transit durch die Schweiz

Bundesrat Cotti unterbreitet eine Notiz über den Stand der Dinge. In der operationellen Planung der NATO ist die Schweiz nur als Ausweichroute vorgesehen. Laut **Bundesrat Ogi** sind bei dieser Wahl lediglich militärische Gründe massgebend gewesen. Alle rechtlichen Grundlagen für ein rasches Handeln konnten erarbeitet werden. Der Generalstab wird auch über die Feiertage bereit sein, all-

fällige Gesuche der NATO rasch zu erledigen. Soll in dieser Sachlage der beantragte Briefwechsel mit der NATO durchgeführt werden? In einer ersten Diskussionsrunde verneint der Rat diese Frage. Es genügt, wenn EDA und EMD ermächtigt werden, bei Bedarf die nötigen Massnahmen vorzunehmen. Der Bundesrat müsste aber in jedem Fall orientiert werden. Später beantragt aber **Bundesrat Cotti**, dass alle vorgesehenen Entscheide auch durch den Rat getroffen werden. Dies sei nötig, um rasch zu reagieren. Der Rat ist damit einverstanden.

Information sur un cas d'espionnage

M. Cotti propose de ne pas publier un communiqué de presse sur la découverte, à Genève, d'un cas d'espionnage de la part d'un diplomate russe. Il n'est pas nécessaire de procéder à une information qui pourrait avoir des répercussions négatives. **M. Koller** rappelle que la Commission de gestion, après l'affaire Jeanmaire, avait demandé au Conseil fédéral de pratiquer une politique d'information ouverte dans des cas de ce genre. Etant donné qu'une information sur cette affaire pourrait gêner la présidence suisse de la CSCE, il est néanmoins prêt à renoncer à la publication d'un communiqué. Le DFAE et le DFJP sont néanmoins autorisés à procéder à une information en cas de besoin.

Renvoi de ressortissants de la République fédérale de Yougoslavie

Mme Dreifuss propose de ne pas prolonger une nouvelle fois le délai de départ des requérants d'asile déboutés mais de décider une admission provisoire. Il faut que ces personnes puissent jouir d'une condition de plus grande stabilité. On pourrait ainsi également diminuer leur condition de dépendance. **Bundesrat Koller** ist nicht einverstanden. Es geht vor allem um 7'000 Kosovo-Albaner. Die Lage hat sich mit der Aufhebung des UNO-Boykottes geändert. Die Rückführung muss deshalb vorangetrieben werden. Die sorgfältige individuelle Prüfung aller Asylanträge wird beibehalten. Der Rat beschliesst somit gemäss Anträgen des EJPD.

Liste der zu beobachtenden Organisationen

Das EJPD unterbreitet dem Rat die aktualisierte Beobachtungsliste von Organisationen und Gruppierungen zur Genehmigung. **Bundesrat Ogi** stellt fest, dass diese Liste mit Verspätung präsentiert wird. Die Beobachtung der rechtsextremen Szene ist sicher richtig, doch sollte man daraus keine Hexenjagd machen. **Bundesrat Leuenberger** ist überrascht, dass die russische Mafia nicht beobachtet wird. Warum wird dagegen das Komitee gegen Isolationshaft beobachtet? Hat diese Sachlage etwas mit dem Fall Bellini zu tun? **Bundesrat Koller** gibt zu, dass diese Liste erst mit Verspätung präsentiert werden konnte. Die Bundespolizei wollte keine Streichung vornehmen. Erst nach vielen Gesprächen konnte man 13

Organisationen aus der Liste streichen. Was die rechtsextreme Szene betrifft, läuft man ohne Beobachtung Gefahr, zu spät eingreifen zu können. Präventivmassnahmen haben es in der letzten Zeit ermöglicht, rechtzeitig einzugreifen. Man soll die Tätigkeit der Skin-Heads ernst nehmen. In bezug auf die russische Mafia gibt es gegenwärtig keine Anhaltspunkte, wie sie in der Schweiz organisiert ist. Ueber das Komitee gegen Isolationshaft wird er **Bundesrat Leuenberger** nächstens informieren.

Mêmes primes pour les hommes et les femmes

Mme Dreifuss aurait souhaité qu'une motion concernant les mêmes primes pour les hommes et les femmes dans l'assurance-maladie complémentaire puisse être acceptée en tant que telle. **M. Koller** souhaite par contre la transformation en postulat. Das Problem ist schwierig, denn es geht um ein Spannungsverhältnis zwischen Artikel 4 der BV und um die Vertragsfreiheit. Es gilt auch zu berücksichtigen, dass bei vielen Versicherungen die Frauen gegenüber den Männern bevorzugt sind.

Ordonnance concernant la classification des fonctions

M. Couchepin informe que les services du Parlement ont écrit une lettre pour demander que les huissiers du Parlement obtiennent la même classe que ceux du Conseil fédéral. Il a transmis cette lettre pour examen à l'Office du personnel. **Mme Dreifuss** affirme que cette question n'a pas été traitée de façon optimale. Elle a constaté que son chauffeur était déjà dans la classe où elle pensait l'avoir promu. En effet, dans les départements qui attribuent aux chauffeurs des tâches de secrétariat, cette promotion avait déjà été réalisée.

Generalsekretär EFD und Direktor Alkoholverwaltung

Bundesrat Ogi bedauert, dass er auf seinen Mitarbeiter Peter Grütter, welcher als neuer Generalsekretär des EFD gewählt wird, verzichten muss. Er stellt auch die Frage, ob es richtig sei, den neuen Direktor der Alkoholverwaltung ohne Stellenausschreibung zu wählen. Die Alkoholverwaltung soll neu organisiert, allenfalls sogar privatisiert werden. Sollte man nicht vom Rücktritt des heutigen Direktors profitieren, um diese Reformen in die Wege zu leiten? **Bundesrat Leuenberger** hat die Frage der Ausschreibung überprüft. In der Regel sollen Direktorenposten ausgeschrieben werden. Doch besteht auch eine Ausnahmeregelung. Unter besonderen Umständen kann der Bundesrat davon absehen. Laut **Bundespräsident Villiger** liegen in diesem Fall besondere Umstände vor. Der heutigen Generalsekretär des EFD ist nicht flexibilisiert. Nur wenn dieser zum Direktor der Alkoholverwaltung transferiert wird, kann er einen Generalsekretär seiner Wahl

ernennen. Herr Erard hat ausdrücklich den Auftrag, die Reorganisation der Alkoholverwaltung zu prüfen. Die Wahlen werden vorgenommen.

Betriebsbewilligungen KKW Beznau II und Mühleberg

Bundesrat Leuenberger beantragt, aus der vorgeschlagenen Verfügung die Teile betreffend "Erheblichkeit" der Tatsachen zu streichen. **Bundesrat Ogi** ist aber damit nicht einverstanden. Die Frage wird deshalb später diskutiert.

Finanzierung des öffentlichen Verkehrs

Nachdem der Rat die Vorschläge von EFD und EVED an der letzten Sitzung diskutiert hat, geht es heute vor allem um die Information der Öffentlichkeit. **Bundesrat Ogi** ist einverstanden, dass beide Presseunterlagen heute veröffentlicht werden. Er beantragt aber verschiedene Änderungen. Die "Fondslösung" soll nicht definitiv abgeschrieben werden. Auch sollte man den Verzicht auf die LSVA nur als Möglichkeit präsentieren. Er stellt fest, dass das EFD, welches immer auf eine rasche Einführung dieser Abgabe gedrängt hat, nun selber eine andere Haltung einnimmt. Die Volksabstimmung ist erst für das Jahr 1997 vorgesehen. Ein Ueberbrückungskredit wird danach nötig sein, um teure Verzögerungen zu vermeiden.

Bundespräsident Villiger will ebenfalls eine "fondsähnliche Lösung" nicht ganz ausschliessen. Diese soll aber nicht ausserhalb der Staatsrechnung angesiedelt werden. Die LSVA wird nur zeitlich hinausgeschoben. Er hätte auch diese Lösung der Erhöhung der Heizzölle vorgezogen. Doch sie hat gegenwärtig keine Chance. Die Botschaft muss dem Parlament rasch vorgelegt werden. Die wenigen Monate Verspätung werden Gelegenheit geben, verschiedenes, insbesondere die Investitionen für den Lärmschutz, etwas zu präzisieren.

Auch **Bundesrat Leuenberger** ist mit dem Ausdruck "fondsähnliche Lösung" einverstanden. Ob ein Ueberbrückungskredit nötig sein wird oder nicht, muss später entschieden werden.

M. Cotti partage l'avis que le Conseil fédéral doit être très souple dans ses appréciations. Le passage de la taxe poids lourds à la taxation de l'huile de chauffage ne sera pas facile. Le critère essentiel est celui de l'acceptabilité politique.

Bundesrat Ogi erinnert daran, dass die LSVA vom Volk akzeptiert worden ist. Der Rat hat nie versprochen, diese nur in Koordination mit Europa einzuführen, denn er hat in den Abstimmungserläuterungen deutlich geschrieben, dass diese Koordination "wenn möglich" einzuhalten sei. Kann man einen Volksentscheid wegen der Opposition von 18'000 Camionneuren umstossen ?

Vizekanzler Casanova wird beauftragt, die Presseunterlagen im Sinne von **Bundesrat Ogi** zu bereinigen. Er legt diese später vor, und sie werden vom Rat genehmigt.

Bundespräsident Villiger informiert über das von ihm geplante weitere Vorgehen beim Finanzplan. In einem ersten Schritt wird er bilateral mit den Departementen den Finanzplan zu bereinigen versuchen. In einem zweiten wird das EFD Vorschläge für strukturelle Reformmassnahmen ausarbeiten und unterbreiten. Zu denken ist hier an ein Abbauziel, das im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform zu fixieren wäre, an die bereits in Arbeit stehende Reform des Finanzausgleichs, an die Überprüfung der Subventionen, an Neuregelungen im Sozialbereich (Arbeitsgruppe FiSo) sowie an steuerpolitische Reformen. Für den Fall, dass mit all diesen Massnahmen die Sanierung der Finanzen nicht erreicht werden kann, fasst das EFD ein begrenztes Aufgabenmoratorium ins Auge. Mit einem befristeten Verfassungsartikel soll der Bundesrat zu Kürzungen im Transfer- und im Eigenbereich ermächtigt werden. Es handelt sich hierbei um eine Massnahme, die quasi als ultima ratio bereits schon prophylaktisch als Droh- und Druckmittel wirken könnte und der Erstellung eines befriedigenden Finanzplans förderlich sein wird. **Bundespräsident Villiger** bittet daher die Mitglieder des Bundesrates um konstruktive Zusammenarbeit der verschiedenen Dienststellen mit seinen Fachleuten bei der konkreten Bereinigung des Finanzplans. Der Finanzplan wird daher nicht bereits zu Beginn des neuen Jahres unterbreitet. Das Aussprachepapier zu den verschiedenen angesprochenen Massnahmen soll Ende Januar im Bundesrat behandelt werden können.

Commissions fédérales

Le DFI soumet au Conseil l'élection complémentaire de représentants des assurés et des patients ainsi que de la médecine complémentaire dans plusieurs commissions fédérales. **M. Ogi** critique le fait que trop de médecins et de pharmaciens font partie de ces commissions. **Mme Dreifuss** n'est pas d'accord avec cette remarque. Il s'agit de la clé de répartition habituelle.

Beiträge des Bundes an Forschungsstätten

Einzig die Beiträge an die Fondation Jean Monnet sind umstritten. **Bundesrat Leuenberger** wirft die Frage der Teilnahme der Mitglieder des Bundesrates im Stiftungsrat auf. Er sei quasi gezwungen beizutreten, mit dem Hinweis, alle Bundesräte hätten dies gemacht. Er fühlt sich deshalb befangen. Le **Chancelier Couchepin** précise qu'il s'agit d'une question de terminologie. Il ne s'agit pas du conseil de fondation, organe qui conduit la fondation, mais simplement de l'assemblée générale. La question est néanmoins renvoyée.

Revidiertes Eisenbahngesetz: Verordnung über die Anteile der Kantone an die Abgeltungen und Finanzhilfen im Regionalverkehr

Das EFD begrüsst in seinem Mitbericht die Neuregelung der Investitionssätze. Es stellt aber fest, dass mit dem beantragten stufenweisen Vorgehen die Sätze der profitierenden Kantone (insbesondere Uri, Wallis, Jura) gesetzlich verankert und in Kraft gesetzt werden, während die Sätze für die Kantone, welche von der bisherigen Regelung profitiert haben (insbesondere die beiden Appenzell und Graubünden) offen bleiben. Damit steht die Kostenneutralität für den Bund auf dem Spiel. **Bundesrat Leuenberger** ist mit dem Vorschlag des EFD einverstanden, dass nur die Abgeltungssätze sofort anwendbar sind und bei den Beitragssätzen für Investitionshilfen eine einvernehmliche Regelung der angesprochenen Sondersätze vorbehalten bleibt. Diese hat das EFD mit dem betroffenen Kantonen so auszuhandeln, dass die Kostenneutralität für den Bund gewahrt bleibt.

UMFRAGEN

BR Koller

- informiert über die Sitzungen des Kontaktgremiums der Kantone und der Konferenz der Kantonsregierungen. Die Kantone möchten in der Aussenpolitik mehr Mitspracherechte. Auch wünschen sie, dass die Föderalismusreform bereits bei der Nachführung der Bundesverfassung berücksichtigt wird.

M. Cotti

- informera plus tard sur la participation des cantons à la politique extérieure;
- soumettra au Conseil la lettre des Hilfswerke qui demandent une augmentation des contributions fédérales de 12 millions de francs. Il s'agit d'une réaction à la décision d'octroyer au CICR 10 millions de francs supplémentaires. Il a clairement dit aux oeuvres d'entraide qu'une telle augmentation n'entre pas en ligne de compte.

BR Ogi

- ist besorgt über verschiedene Vorkommnisse im Rahmen der Verwaltungsreform. Die Oberzolldirektion hat eine Privatfirma beauftragt, Argumente gegen den Transfer des Grenzwachtkorps zu erarbeiten. Auch das BZS hat ein Argumentarium gegen den Transfer ins EMD erarbeitet. Der Bundesrat beschliesst, und in der Verwaltung werden

Massnahmen getroffen, um die Absichten der Regierung zu sabotieren. **Bundespräsident Villiger** wird die Sache in bezug auf den Zoll klären, während **Bundesrat Koller** es normal findet, dass beim Zivilschutz pro und kontra Argumente studiert werden. Der Transfer des BZS ins EMD hätte man als beschlossene Sache ankündigen können, hätte sich **Bundesrat Ogi** nicht gegen eine transparentere Information ausgesprochen.

Mme Dreifuss

- a distribué aux membres du Conseil l'information souhaitée au sujet de l'entrée en vigueur de la nouvelle loi sur les caisses-maladie. Les cantons n'ont pas fait usage de toutes leurs possibilités de réduire les cotisations;
- a été choquée du fait que le "SonntagsBlick" aie pu informer sur deux papiers verts soumis au Conseil fédéral.

BR Leuenberger

- soll man für Weihnachten dem eigenen Personal ein Trinkgeld entrichten? Laut **Bundespräsident Villiger** ist jedes Mitglied des Bundesrates in dieser Hinsicht frei. Er selber macht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seiner persönlichen Umgebung ein Geschenk.

Chanc. Couchepin

- la Conférence des secrétaires généraux c'est occupée de la distribution de l'ordre du jour du Conseil fédéral. Dans plusieurs départements, ces ordres du jour sont photocopiés et amplement distribués. Cette façon de faire est particulièrement douteuse lorsqu'il s'agit de l'ordre du jour avec les divergences. Celui-ci ne devrait donc être distribué qu'en dix exemplaires. Le Conseil est d'accord et autorise le Chancelier à écrire une lettre qui interdit la distribution de l'ordre du jour des séances du Conseil à d'autres que ceux qui y ont droit.

BP Villiger

- hat die Liste der Aenderungen in den PKB-Statuten verteilt.
- hat mit der WAK des Nationalrates die Frage der Federführung bei der Erarbeitung des Mehrwertsteuergesetzes diskutiert. Die Verantwortung dafür

muss klar geregelt werden. Es ist aber fraglich, ob der Bundesrat dieses Geschäft wieder an sich nehmen kann.

Mme Dreifuss

- à propos de la formation universitaire, il manque toujours l'accord du DFEP. Il faudrait débloquer cette situation.

BR Koller

- als Dekan richtet er Worte des Dankes und der Anerkennung an **Bundespräsident Villiger**. Er dankt insbesondere für die souveräne Führung des Rates in diesem Jahr: "Sie, Herr Bundespräsident, haben in einer konzilianteren, aber zielstrebigeren Art den Rat geführt. Sie haben stets den Konsens gesucht. Dafür verdienen Sie unseren grossen Dank."

27.12.1995 AC/dl

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI

Geht an:

- Departementsvorsteher/in (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler/in (2)